

Antikriegstag 2008

Liebe Essener Bürger, liebe Friedensfreunde

Vor wenigen Tagen, am 1. September, wiederholte sich zum 69. Mal der Jahrestag des Ausbruchs des 2. Weltkrieges, der mit der Verkündung Hitlers begann: „Seit 5,45 Uhr wird zurückgeschossen“. Man hat also *nicht geschossen*, sondern „zurückgeschossen“. Es waren wie immer die Anderen, die angefangen hatten. Zuvor wurde von deutscher Seite ein Überfall auf den Sender Gleiwitz inszeniert, den man den Polen in die Schuhe schob.

Der 1. September 1939 war ein mildfreundlicher Spätsommertag, der gar nicht so aussah wie ein Kriegstag. Er überraschte alle ahnungslosen Bürger, die sich kaum Gedanken machten über Politik und Krieg. Die Möglichkeit, dass man selbst oder ein Angehöriger zum Opfer werden könnte, wurde nicht in Erwägung gezogen oder verdrängt. Auch die Zerstörung unserer Stadt Essen und anderer großer Städte widersprach jeglicher Vorstellung.

Die Nazi-propaganda hatte einen großen Teil der Bevölkerung für den Krieg präpariert. 1932 bereits warnten die Kommunisten: Wer Hitler wählt, wählt den Krieg. Sechs Jahre später wurde die Missachtung dieser Warnung den Deutschen und den Europäern zum Verhängnis. Der Antikommunismus, den Thomas Mann als die *Grundtorheit unserer Epoche* bezeichnete, wurde zur ideologischen und psychologischen Waffe. Die im Hintergrund operierenden Drahtzieher des großen Kapitals hatten mit dem Faschismus und dem Kriegsbeginn die erste Etappe ihres Zieles erreicht, es konnte losgehen in alle Richtungen, zum Schluss gegen den Osten, gegen die Sowjetunion.

Goebbels definierte 1942 die wahren Kriegsziele der Nazis, die mit den großkapitalistischen Interessen identisch waren:

„Jetzt wollen wir die Weizenfelder am Don und Kuban besitzen und wollen damit die Hand auf dem Brotbeutel Europas haben! Wir wollen jetzt die Ölquellen und die Eisen-, Kohlen- und Manganlager besitzen. Wir wollen uns einen kolonialen Besitz auf eigenem europäischen Raum schaffen.“

Soweit kam es dann nicht, der Faschismus wurde zerschlagen und die kapitalistischen Hintermänner bekamen einen enormen Schwächeanfall. Das Ergebnis ihres Griffes nach der Weltherrschaft: 60 Millionen Tote, davon 20 Millionen Sowjetbürger, 6 Millionen Juden und viele Millionen Angehörige anderer Völker und Rassen. Deutsche und Russen hatten die größte Zahl der Opfer zu beklagen.

Europa und Deutschland wurden befreit, die Hauptlast bei der Befreiung trug die Sowjetunion.

Als nach der bedingungslosen Kapitulation sich die Tore der Gefängnisse, der Zuchthäuser und Konzentrationslager für die Widerstandskämpfer und Verfolgten öffneten, die Überlebenden Hoffnung schöpften, die Kinder in den Häusern, Kellern und Bunkern nicht mehr beim ersten Sirenenton ängstlich zusammenschreckten und um ihr Leben bangen mussten, da zogen die Menschen den einzig richtigen Schluss:

Nie wieder Faschismus, Nie wieder Krieg!

Krieg und Faschismus, die Geißel der Menschheit, lassen sich nur durch Wachsamkeit und organisierten Widerstand verhindern. Das war die einzig plausible Erkenntnis, aus der verfolgte Kommunisten und Sozialdemokraten, Christen und Juden, Menschen aller politischen und religiösen Anschauungen den Schluss zogen, sich zu organisieren. Es war die Geburtsstunde der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“.

Unter dem Eindruck der verheerenden Zerstörungen durch den Krieg wurde das **Völkerrecht** definiert. In der UNO-Charta heißt es dann auch, dass „Die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen“ sind, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat“

Diese Erkenntnis sollte der Maßstab für das Handeln und für die Beurteilung der Politik sein. Die entscheidende Frage lautet also:

Was tut eine Regierung, was tut ein Parlament oder eine politische Partei, um das eigene Volk und andere Völker vor der Geißel des Krieges und des Faschismus zu bewahren?

Auf dem Territorium des ehemaligen Deutschen Reiches entstanden in der Folgezeit zwei deutsche Staaten, die beide das Völkerrecht als Grundlage ihres Handelns anerkannten.

Vor 60 Jahren wurde das **Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland geschaffen. Wenn der **Artikel 26** besagt, dass bereits die Vorbereitung eines Krieges verfassungswidrig ist, dann muss man diese einfache Wahrheit so verstehen, wie sie dort niedergeschrieben wurde. Dann muss man diese Wahrheit von dem ganzen Gestrüpp der Verwirrungen und Umdeutungen befreien: Ein Angriff ist ein Angriff und keine Verteidigung, auch wenn sie am Hindukusch stattfindet. Krieg ist Zerstörung und keine Aufbauhilfe und erst recht keine Friedensmission.

Beide deutsche Staaten haben sich im Beisein der vier Großmächte verpflichtet, dass vom deutschen Boden nur Frieden ausgeht. Wenn das im **2+4-Vertrag** so deutlich formuliert wurde, dann zeigt das, dass die Friedenssicherung nach der Vereinigung Deutschlands keinesfalls so selbstverständlich war. Das Misstrauen der europäischen Nachbarvölker gegenüber dem neuen Deutschland bestand weiter.

Aus der Erkenntnis zweier furchterlicher Weltkriege innerhalb eines halben Jahrhunderts, die von deutschem Boden ausgingen, hatte das Nachkriegsdeutschland die Chance unter den europäischen und den Völkern der Welt als Friedensmacht dazustehen, um jegliches Misstrauen zu beseitigen.

Wir fragen: **Hat die Bundesrepublik die Chance wahrgenommen?**

Der erste Krieg nach der Vereinigung Deutschlands ging tatsächlich im Widerspruch aller Beteuerungen im 2+4-Vertrag von deutschem Boden aus. Er war auch der erste Krieg auf europäischem Boden nach dem 2. Weltkrieg. Deutschland und die Nato-Staaten machten ihn möglich. **Jugoslawien** hatte keinen Nato-Staat angegriffen.

Das Land hatte große innerpolitische Schwierigkeiten und befand sich im Bürgerkrieg, an dem die deutsche Außenpolitik unter **Genscher** nicht schuldlos war. Die Bundesrepublik und die Nato ergriffen einseitig Partei für die albanischen Separatisten im **Kosovo** mit dem Ergebnis: Die ethnischen Probleme wurden nicht gelöst, das Kosovo wurde im Widerspruch zur UNO-Zusage von Serbien abgetrennt, Jugoslawien zerstückelt und die Nato näher an Russland gerückt. Es sollte ein Brandherd bleiben. Die geschädigten Serben werden sich nicht mit der Abtrennung ihres historischen Amselfeldes abfinden.

In wenigen Tagen jährt sich zum siebten Mal der Tag des **Anschlages auf die Zwillingstürme** in New York. Die Hintergründe blieben im Dunkeln, gaben aber dem Westen die Gelegenheit unter der Führung der USA die lange vorher angekündigte **Neue Weltordnung** in ihrem Sinne zu realisieren.

Die Welt erwartet immer noch eine Aufklärung über das verbrecherische Unternehmen, das als Begründung für die sogenannte Verteidigung am Hindukusch herhalten musste. Der Krieg in **Afghanistan** dauert nun schon länger als der 2. Weltkrieg und ein Ende ist nicht abzusehen.

Die plötzliche Hinwendung von bin Laden, Taliban und Al Kaida auf **Saddam Hussein** und den **Irak** war eine journalistische Meisterleistung der psychologischen Kriegsführung. Dazu musste der US-Zögling Saddam Hussein mit Hitler gleichgesetzt und dämonisiert werden. Alle unsere Massenmedien haben die US-Linie vertreten, Saddam habe Massenvernichtungswaffen und Verbindung zum Terrorismus. Sowa funktioniert nur mit nahezu gleichgeschalteten Medien. Die wahren globalstrategischen Ziele, die Beherrschung der Ölregionen, wurden weitgehend verschwiegen.

Die Ergebnisse der beiden noch andauernden Kriege:

Der **Irak**, eine kulturelle Hochburg der Menschheit, einst die Wiege der Zivilisation, ist ein zerstörtes Land. Man schätzt mehrere hunderttausend Tote. Ein intaktes Gesundheitssystem wurde zerschlagen, geraubte Kulturgüter im Westen versteigert.

Von **Afghanistan** sind keine Zahlen bekannt, liegen aber in der gleichen Größenordnung. Das Land, das sich einmal selbst ernähren konnte, lebt heute nur vom Heroinhandel. Von dem Land am Hindukusch wissen wir, dass die angeblich demokratisch gewählte Regierung aus ausgesuchten Personen aus Amerika und Europa besteht. Vier Mitglieder sind Warlords. (UZ v. 18.07.2008)

Diese Kriege und die, die noch eventuell angezettelt werden, ob im **Kaukasus** oder **Iran**, geschehen in unserem Namen und die Folgen sind noch nicht abzusehen.

Damit uns nicht immer wieder Nachrichten von getöteten Soldaten, Zivilisten oder bombardierten Hochzeitsgesellschaften erreichen, fordern wir von den Abgeordneten des deutschen Bundestages, **keiner Verlängerung oder Erweiterung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan** zuzustimmen. Die Bundeswehr muss abgezogen werden.

Es stellt sich die Frage: **Welchen Weg geht die Bundesrepublik?**

Wir haben die Wahl, die Völker der Welt von einer friedlichen und demokratischen Bundesrepublik zu überzeugen oder rückfällig zu werden in die Barbarei der Vergangenheit. Krieg und Neonazismus dürfen nicht zum Normalfall werden..

Lernen wir aus der Geschichte. Noch einmal ein Zitat von Joseph Goebbels aus dem Jahre 1928:

"Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freikarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache. Uns ist jedes gesetzliche Mittel recht, den Zustand von heute zu revolutionieren. [...] Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir."

Die Freikarten und Diäten dürfen wir ihnen heute nicht geben.

Darum finden wir uns nicht damit ab, dass – wie am Sonntag in Dortmund geplant – die Nazis unter dem Schutz der Polizei an Gedenkstätten für die Naziopfer aufmarschieren dürfen. Stellen wir uns ihnen in den Weg, damit sie nicht das Andenken unserer Mütter und Väter, die Widerstand leisteten und gelitten haben, mit ihren Stiefeln zertreten.

Darum werden wir uns auch nicht damit abfinden, dass die Nazis von der Regierung und anderen Gönnern aus dem politischen Spektrum der sogenannten Volksparteien unter dem Vorwand der freien Meinungsäußerung salonfähig gemacht werden.

Einer der Väter des Grundgesetzes, der Sozialdemokrat **Carlo Schmid**, warnte 1948 vor dem Missbrauch des Grundgesetzes, „dass es nicht zum Begriff der Demokratie gehört, dass sie selber die Voraussetzung für ihre Beseitigung schafft“. Und der Abgeordnete im ersten deutschen Bundestag und Vorsitzende der KPD, **Max Reimann**; sagte in weiser Voraussicht, dass wir eines Tages „dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben.“

Krieg und Faschismus sind unvereinbar mit der UNO-Charta, dem Völkerrecht, dem Grundgesetz und der Demokratie.

Erfüllen wir das Vermächtnis der Widerstandskämpfer, die in der dunkelsten Nacht, als die braunen Verbrecherbanden unser Land besudelten, das Ansehen Deutschlands hochhielten.

Nach zwei fürchterlichen Weltkriegen und Faschismus haben die Deutschen und die Völker Europas und der Erde endlich Frieden verdient.